

Beschluss des Landrats vom 16.06.2022

Nr. 1587

12. Steuerausfälle: Nicht mit uns! Bereinigter interkantonaler Vergleich der Vermögenssteuern und Auswirkungen der Vermögenssteuerreform I

2022/121; Protokoll: ps

Pascale Meschberger (SP) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Pascale Meschberger (SP) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Resultate seien so, wie dies erwartet wurde. Die Beurteilung der SP-Fraktion unterscheidet sich von derjenigen des Regierungsrats. Werden die speziellen Wertpapiere und die Liegenschaften anders bewertet, ist die Vermögenssteuer in Basel-Landschaft im interkantonalen Vergleich sogar konkurrenzfähig. Bis zu einem Vermögen von CHF 10 Mio. liegt der Kanton im Mittelfeld. Es wird immer wieder gesagt, es sei schlecht, auf den hinteren Rängen zu liegen. Aus Sicht der SP ist dies jedoch gut; das Steuersystem ist sehr vorbildlich im Kanton Basel-Landschaft. Die SP befürwortet die Abschaffung der Bewertung der Wertpapiere, jedoch soll dies ertragsneutral korrigiert werden. Die Steuern sollen nicht erhöht werden, sondern eine Korrektur erfolgen. Grundsätzlich möchte die SP das Steuersystem so beibehalten. Ins hintere Feld rutscht der Kanton ab, wenn es um Vermögen ab CHF 15 Mio. geht, jedoch ist er immer noch konkurrenzfähig im Vergleich zum am nächsten liegenden Kanton Basel-Stadt. Die SP wehrt sich grundsätzlich gegen den Steuerwettbewerb, weil dieser nur zu einer Abwärtsspirale führt. In den letzten Jahren profitierte der Kanton von der guten Wirtschaftslage und nahm ständig mehr Steuern bei den natürlichen und juristischen Personen ein, jedoch sieht die Weltlage nun anders aus und es ist nicht klar, ob es so weitergeht. Man kann es sich nicht leisten, die Steuern zu senken, und schon gar nicht bei einer Bevölkerungsgruppe, bei welcher sich das Geld von selbst vermehrt. Während diese Steuerzahlenden dies kaum bemerken, handelt es sich für den Kanton um viel Geld. Der Kanton Basel-Landschaft ist und bleibt attraktiv, auch für gute Steuerzahlende. Diesen möchte man deshalb nicht noch entgegenkommen. Der Kanton hat viel zu bieten, allerdings keinen See mit grossen Villenquartieren oder übermässig viel Land.

Die Rednerin findet es gut, dass der Kanton den Gemeinden entgegengekommen ist. Der Verlust für diese ist immens. Das vom Kanton entwickelte System erscheint relativ fair. Nichtsdestotrotz bleibt für einige Gemeinden immer noch ein grosser Fehlbetrag, den sie nicht wettmachen können. Es ist allgemein bekannt, dass die Gemeinden in Zukunft eher mit steigenden Kosten rechnen müssen, die sie nicht beeinflussen können, sei es wegen der Demografie, wegen Bildungskosten, Zuwanderung etc. Mit Steuerreduktionen ist Vorsicht geboten, denn das Geld wird in Zukunft vermutlich dringend gebraucht, dies nicht nur für Aufgaben, welche die Linken gerne hätten, sondern auch für solche der rechten Seite.

Die Antworten zeigten, so **Stefan Degen** (FDP), dass die Steuerreform für die SP nicht in die richtige Richtung gehe. Somit ist man mit der Vorlage jedoch auf dem richtigen Weg. Das Verständnis scheint vollständig zu fehlen, dass diejenigen Leute, welche hohe Steuern bezahlen, im Kanton behalten werden müssen, um Wünsche finanzieren zu können. Es geht nicht um einen Steuerwettbewerb, sondern um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons und darum, mit den Einnahmen die Ausgaben finanzieren zu können. Man darf nicht in eine Abwärtsspirale geraten, in welcher das Eigenkapital vernichtet wird und Schulden aufgebaut werden. Die Schulden sind immer noch hoch. Eine einseitige Steuerreform, mit welcher nur die Steuerwerte erhöht und keine Anpassung zur

Entlastung derjenigen Leute erfolgt, die massiv mehr bezahlen müssten, wird zu weniger und nicht zu mehr Steuereinnahmen führen. Die vermögenden Leute sind mobil. Dies kann man nicht verstehen wollen und immer wieder die gleichen Forderungen stellen, jedoch ist die Realität eine andere. Können diese Steuerzahlenden innerhalb der Schweiz nicht mehr umziehen, tun sie das international, denn es gibt genügend Länder, die den Steuerwettbewerb richtig anheizen. Dies wird in der Schweiz nicht gemacht, sondern versucht, die Besteuerung moderat zu halten. Andere Länder umgehen die internationalen Vorgaben und heizen den Steuerwettbewerb an. Deshalb ist es wichtig, die Botschaft der Interpellation richtig zu verstehen und die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen. Die Steuerreform ist nötig und sie muss ausgewogen und nicht einseitig gestaltet werden.

Urs Kaufmann (SP) entgegnet dem Vorredner, er habe die Interpellationsantwort nicht richtig verstehen mögen. Darin steht, was die SP immer sagt, nämlich, dass die Steuervergleiche auf eidgenössischer Ebene falsch sind, weil Äpfel mit Birnen verglichen werden. Ein Vermögenssteuerfranken aus dem Baselbiet wird 1:1 mit dem Vermögenssteuerfranken aus dem Kanton Aargau oder Solothurn verglichen. Das ist nicht richtig, weil es im Baselbiet Spezialfälle gibt, die ertragsneutral korrigiert werden müssen. Das dauernde Wehklagen des Finanzdirektors, die Vermögenssteuern seien unnötig hoch, basiert auf einem falschen Vergleich. Das Ganze sieht gar nicht so schlimm aus. Das dauernde Wehklagen ist gefährlich und destruktiv, denn inzwischen glauben alle, dass die Vermögenssteuern zu hoch sind. Der Sonderfall muss korrigiert und die Wertschriften und Liegenschaften müssen richtig bewertet werden, wie dies in den anderen Kantonen auch gemacht wird. Dies unterstützt die SP. In Zukunft werden die Steuervergleiche der Finanzverwaltung des Bundes dann korrekt sein.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) muss den Landrat enttäuschen, denn er wehklagt heute nicht. Man kann die Interpellationsantworten loben und trotzdem sagen, sie seien inhaltlich falsch. Letztendlich ergibt sich ein anderes Bild, wenn die Wertpapiere und Liegenschaftswerte korrigiert werden. Das wurde aufgezeigt. Betrachtet man das Ganze nüchtern, ist der Kanton ab einem Vermögen von CHF 10 Mio. nicht mehr konkurrenzfähig. Man kann sich mit dem schlechtesten Kanton vergleichen, aber das ist dem Redner zu wenig – es geht um einen gesamtschweizerischen Vergleich und nicht nur um die Nachbarkantone. Den Steuerwettbewerb kann man sympathisch finden oder nicht, aber er findet statt. Das Steuersubstrat im Baselbiet muss erhalten werden. Es gibt keine Steuergeschenke, wie immer behauptet wird. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Leute im Kanton bleiben und ihre Steuern weiterhin hier bezahlen, damit die öffentlichen Aufgaben finanziert werden können. Verlässt eine Person mit einem Vermögen von CHF 10 Mio. den Kanton, müssen x normale Steuerzahler den Fehlbetrag kompensieren. Die Erträge sollen nicht in Tiefsteuernkantone abwandern.

Zur Ertragsneutralität: Die Baselbieter Steuerwerte sollen abgeschafft werden, darin sind sich alle einig. Es wird gefordert, dass dies ertragsneutral erfolgt, damit der Kanton Basel-Landschaft immer noch gleich viele Steuereinnahmen hat. Jedoch wird damit genau das Gegenteil bewirkt: Die hohen Einkommen werden stärker besteuert. Man kommt nicht darum herum, den Steuertarif zu senken, um die Revision umsetzen zu können. Ertragsneutralität für den Kanton bedeutet nicht Kostenneutralität für den Steuerzahlenden. Der Tarif muss angepasst werden, wenn die Spezialwerte abgeschafft werden sollen.

Zur Wettbewerbsfähigkeit: Angesichts dessen, was in den Tiefsteuernkantonen geschieht, kann man sich dem Konkurrenzkampf nicht verschliessen und muss darauf reagieren. Der Kanton Basel-Landschaft will vorwärts machen und braucht auch Top-Steuerzahlende.

Klaus Kirchmayr (Grüne) erklärt, die Interpellation sei im Wesentlichen eine Overtüre zu einer Debatte, die bald stattfinden werde. Einmal mehr zeigt es sich, dass am Schluss die Frage steht, worin allenfalls investiert wird, um die Attraktivität des Kantons zu erhöhen: Soll in die obersten

100, 200 Steuerzahlenden investiert werden oder in andere Bereiche? Heute war zu vernehmen, dass Basel-Landschaft bezüglich der absoluten Krankenkassenkosten an zweitletzter Stelle aller Kantone steht.

Klaus Kirchmayr dankt der Finanzdirektion für diese weitere gute Grundlage, um die politische Diskussion führen zu können, wo investiert werden soll, um die Attraktivität des Kantons zu erhalten oder zu steigern. Für einige soll bei den höchsten Einkommen, für andere eher beim Mittelstand angesetzt werden. Es ist auch klar, wo die Grünen und die Grüne/EVP-Fraktion die Prioritäten sehen.

Für **Ronja Jansen** (SP) zeigen die Antworten einmal mehr auf, dass die Reform für die Gemeinden eine hohe Belastung bringe; gerade im Unterbaselbiet drohen sehr hohe Ausfälle. Ab 2027, wenn die Unterstützungsgelder auslaufen, drohen in Gemeinden wie Arlesheim, Bottmingen und Binningen zum Teil Steuerausfälle von bis zu CHF 77 pro Einwohnerin. Dies wird zu extremen Engpässen in den betroffenen Gemeinden führen. Nicht unbedingt bereits ab 2023, weil die Gemeinden «gekauft» worden sind, damit sie die Reform mittragen. Weiter zeigen die Antworten der Interpellation auf, dass der Handlungsbedarf für die Steuersenkungen schlicht nicht besteht. Selbst wer dem fast religiös anmutenden Glauben verfallen ist, dass die Positionierung auf Listen das Wichtigste ist und über die Zukunft des Kantons entscheidet, muss einsehen, dass der Kanton Basel-Landschaft nicht so schlecht dasteht, wie immer behauptet wird. Basel-Landschaft hat höchstens ein Kommunikationsproblem, nicht jedoch ein Steuersatzproblem. Die Reform ist ein Negativgeschäft für die Bevölkerung. Der interkantonale Steuerwettbewerb spielt nicht so, wie dies immer wieder von der rechten Seite behauptet wird. Der Regierungsrat sagt selbst, dass mit der geplanten Steuerreform am Schluss CHF 40 Mio. Mindereinnahmen drohen. Ronja Jansen erschliesst sich nicht ganz, inwiefern die tiefen Einkommen profitieren sollen, wenn am Schluss Leistungen abgebaut werden. Dass es beim Standortwettbewerb nicht nur um Zahlen geht, zeigt sich insbesondere bei der Betrachtung der Vermögensverteilung in den Kantonen. Der Regierungsrat sagt, Solothurn sei der regionale Spitzenreiter und könne nicht eingeholt werden. Alle Reichen würden nach Dornach ziehen, weil Basel-Landschaft eine Steuerhölle sei. Die Rednerin hat eruiert, dass im Kanton Solothurn das durchschnittliche Vermögen pro Person etwa ein Drittel tiefer liegt als im Kanton Basel-Landschaft. Existieren die Steuerzahlenden, die in den Kanton Solothurn ziehen, vor allem in bürgerlichen Köpfen oder handelt es sich um ein tatsächliches Problem? Die Rednerin hofft, dass die Vermögenssteuerreform abgelehnt wird.

Peter Hartmann (Grüne) hat eine Zusatzfrage an Regierungsrat Anton Lauber. Es wurde gesagt, der Steuerwettbewerb sei eine Tatsache und andere Kantone würden ihre Steuern massiv senken. Ist das ein Thema bei den Finanzdirektorentreffen, dass es sich um einen ruinösen Wettbewerb handelt, der allen schadet?

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, man könnte meinen, die Steuerreform werde nur für den Kanton gemacht – nein, dies geschieht auch für 86 Gemeinden. Während der Pandemie wurden Sofort- und Härtefallhilfen bezahlt, Gesundheitsmassnahmen getroffen; auch dies wurde nicht nur für den Kanton, sondern für die Gemeinden getan, denn dort wohnen die Leute. Sie zahlen auch in den Gemeinden Steuern. Angesprochen wurden Arlesheim, Binningen und Bottmingen. Genau diese Gemeinden spüren den Abfluss von Steuersubstrat am stärksten und legen auch Wert darauf, dass der Kanton etwas unternimmt; sie wurden nicht «gekauft»; sondern der Kanton ist ihnen entgegengekommen. Man hat sich über den Kostenteiler einigen können. Es geht um den Erhalt des Steuersubstrats, weshalb die Gemeinden mit der Reform einverstanden sind. Nichtstun wäre ein Negativgeschäft.

Zur Frage von Peter Hartmann: Es reicht, die bz und die BAZ zu lesen. Es gab Steuerabstimmungen über Tarifsenkungen in den Kantonen Solothurn und Aargau. Sogar in den Tiefsteuernkantonen

wird die Steuertarifdiskussion geführt. In der Steuervorlage kann nachgelesen werden, welche Kantone was unternommen haben. Mit der Steuerreform ist der Kanton nicht alleine unterwegs; der Wettbewerb ist im Gang.

Grundsätzlich geht der/die Vermögende dorthin, wo sie weniger Steuern zahlt, vor allem in die Kantone Schwyz, Zug und Nidwalden. Die Frage, weshalb das Vermögen im Kanton Solothurn nicht so hoch ist, wird der Fragenden bilateral beantwortet.

Das Steuersubstrat muss erhalten werden und es ist sorgfältig damit umzugehen.

Adil Koller (SP) stört an der Debatte, dass es nur Thesen und Behauptungen gebe. Interessant wären die Empirie und Studien. Der Redner kennt zwei interessante Studien: Prof. Schmiedheiny und Prof. Brühlhart, zwei der profiliertesten Ökonomen in diesem Land, haben den Steuerwettbewerb am Beispiel des Kantons Bern untersucht im Bereich Vermögenssteuern. Individualdaten aus dem Kanton Bern zeigen, dass es im Bereich der Vermögenssteuern gar keinen Steuerwettbewerb gibt. Es gibt unterschiedliche Steuersätze, aber die Leute wandern nicht in Massen den tiefen Steuersätzen nach. Es wäre interessant zu wissen, was die Reformen wirklich bedeutet. Erste Auswertungen zeigen, dass marginale Steueränderungen gar keine Wirkung haben. Die zweite Studie zeigt, dass die Leute den Kanton wechseln, wenn die Steuern um die Hälfte oder ein Drittel tiefer sind oder nicht mehr besteuert wird. Dies wurde von Dr. Martinez am Beispiel des Kantons Obwalden angeschaut. Obwalden hat mit der massiven Steuersenkung 30 % mehr Superreiche angezogen, aber am Schluss war weniger Geld in der Kantonskasse. Auf dem Papier sieht die Reform gut aus, aber nicht in der Kasse. Deshalb muss darauf verzichtet werden.

Welche empirischen Untersuchungen und Evidenzen liegen der Steuerreform zugrunde?

Simone Abt (SP) glaubt zu wissen, dass in verschiedenen Gemeinden Vorstösse zu den Auswirkungen der letzten Steuerreformen auf das Steuersubstrat der Gemeinden hängig seien. Es wird von Interesse sein, die Resultate zur Kenntnis zu nehmen, auch seitens Kanton. Diese Erwägungen sind miteinzubeziehen. Dies läuft in Binningen, und die Rednerin ist gespannt auf das Resultat.

Andreas Dürr (FDP) hält dies für eine vorgezogene Abstimmungsdebatte. Auch Adil Koller weiss, wie sich Vermögende verhalten. Klaus Kirchmayrs Umkehrschluss, dass die Grünen um den Mittelstand besorgt sind und die FDP um die Vermögenden, ist falsch. Richtig ist, dass es sich um eine politische Diskussion handelt. Die Vermögenssteuer trifft gerade den Mittelstand. Der Kernpunkt ist, dass der Mittelstand nicht mehr zahlen muss. Auf das Plädoyer fürs breite Volk, das ohnehin keine Steuern zahlt, möchte der Redner nicht eingehen.

://: Die Interpellation ist erledigt.
